



Leitspruch des Monats

„Er wird kein Gutes mangeln lassen denen, die aufrichtig wandeln.“

Psalm 84,12



www.cpv-online.org
 info@cpv-online.org
 CPV, Goethestr. 29
 72474 Winterlingen
 Tel.: 07434.91100

Inhalt

- 2 Infos aus der Landesgeschäftsstelle
- 3 Bereitschaftspolizei
- 4 kurz & knapp
- 5 A 9 mit Amtszulage
- 6 JuPo bei IM Herrmann
- 8 Aus den Untergliederungen
- 11 Jubiläen

Impressum:

Redaktionsleitung:
 Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)
 Telefon 0171.8514714
 Fotos: **DPoIG**
 Landesgeschäftsstelle:
 Erziehungsstraße 20b
 80335 München
 Telefon 089.526004
 Telefax 089.529725
 E-Mail: info@dpolg-bayern.de
 Internet: www.dpolg-bayern.de
 ISSN: 0723-2209

Stolpersteine auf dem Weg zur neuen Uniform!

Seit Anfang August können wir sie bestaunen, die Probeträger der neuen Uniform in Bayern. Eine strukturiert durchgemischte Gruppe von Uniformträgern. 125 Frauen, 375 Männer, 351 im Außendienst, der Rest im Innendienst. Große, Kleine, Schmale und Kräftige. Polizeimeister bei der Bereitschaftspolizei ebenso wie Dienststellenleiter großer Polizeidienststellen. Das Projekt läuft gut und liegt im Zeitplan.

Es war ein kurzer und an manchen Stellen holpriger Weg bis dahin.

Zur Erinnerung: Die Projektgruppe hat erst Mitte Januar 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Die breit angelegte Vorauswahl, die Ausschreibungen, all diese Aufgaben wurde zielstrebig erledigt.

Die **DPoIG** hat sich von der ersten Minute an intensiv eingebracht. Mit dem Vorteil, dass wir uns schon mehrere Jahre um eine neue Uniform bemüht hatten. So mussten wir nicht von null auf hundert starten, sondern konnten mit unseren Erfahrungen sofort unterstützen.

Ein großes Projekt birgt auch immer Unzulänglichkeiten. Auch im Projekt „Neue Uniform“ traten diese zutage.

■ Poloshirt und Trägerhülle

Das Poloshirt war nach wenigen Wochen das erste Streitthema. Drei Bundesländer verwenden dieses auch im täglichen Dienst. Vorgabe war, dass alle zur Verfügung stehenden Uniformteile getestet werden können.

Dem war durch die Entscheidung des Innenministeriums, diese in der Vorauswahl nicht zu zeigen, plötzlich nicht mehr

so. Eine Studie, die eine erhöhte Gefahr von Widerstandshandlungen befürchten lässt, wurde als Todschatz-Argument eingebracht. Durch eine persönliche Vorsprache bei Innenminister Herrmann wurden noch am ersten Tag der Vorauswahl die Kartons geöffnet und die Poloshirts konnten anprobiert werden.

Auch die **Trägerhülle** für unser ballistisches Paket der Unterziehschutzweste sollte plötzlich nicht im Trageversuch getestet werden, obwohl sich alle Fachleute einig waren, dass dies eine sinnvolle Erweiterung ist. Hier war unser Eingreifen notwendig und erfolgreich. Zwar läuft der Test jetzt mit einer leicht reduzierten Anzahl – doch immerhin.

■ Finanzierung der Uniform

Wenn es ums Geld geht, hört bekanntlich die Freundschaft auf. Gerade wenn nicht nachvollziehbare Berechnungen durchgeführt werden. Stein des Anstoßes war die Beteiligung der Beschäftigten an den Uniformkosten. Nicht nur die reinen Anschaffungskosten, sondern auch Ausgaben für den Rollout und die Restversorgung mit Grün sollten umgelegt werden. Am Ende hätten wir vier Fünftel der Uniformkosten gegenfinanziert.

Das ist mit der **DPoIG** nicht zu machen. Aktuell stehen die Verhandlungen gut, dass nur circa die Hälfte der Uniformkosten durch eine begrenzte Reduzierung des Dienstkleidungszuschusses mitfinanziert wird. Ein annehmbarer Konsens.

■ Rollout, Logistik und Körperschutzausstattung

Nun stehen Entscheidungen über die Durchführung des



➤ Jürgen Köhnlein

sogenannten Rollouts und die langfristige Versorgung mit Dienstkleidung an.

Die Reduzierung der Alternativen auf eine Kooperation mit dem Logistikzentrum in Niedersachsen oder auf die Belieferung durch einen Privatanbieter ist für uns eine nicht nachvollziehbare Einschränkung.

Die Schaffung eines eigenen Logistikzentrums, durch welches auch ein Rollout organisiert werden kann, muss nach unseren Vorstellungen ebenso weiterverfolgt werden.

Und damit den Einsatzkräften der BePo eine optische Schmach beim G-8-Einsatz erspart bleibt, intervenierte die **DPoIG** kürzlich wieder beim Innenminister. Die **Körperschutzausstattung (KSA)** soll aus finanziellen Gründen nicht zeitgleich mit dem neuen Einsatzanzug beschafft werden.

Die Folge wäre: grüne Schutzelemente auf dem blauen Einsatzanzug. Die Ninja Turtles lassen dann grüßen.

In der Hoffnung, dass bis zur Uniformauslieferung alles rund läuft, wird sich die **DPoIG** weiterhin intensiv am Verfahren beteiligen, auch wenn der eine oder andere Stolperstein noch aus dem Weg geräumt werden muss. ■



25 Jahre in Landesgeschäftsstelle tätig



> Häufiger Wechsel von Mitarbeitern ist bei der **DPoIG** kein Thema. So wundert es nicht, dass Anita Bauer mittlerweile schon seit 25 Jahren in der Landesgeschäftsstelle in München beschäftigt ist. Sie wurde im Juni 1989 vom damaligen Landesvorsitzenden Gerhard Vogler für die Betreuung der Mitgliederverwaltung eingestellt. Als Dankeschön für 25 Jahre treue Mitarbeit überreichte ihr Landesvorsitzender Hermann Benker das – auch im öffentlichen Dienst übliche – Jubiläumsgeschenk. ■

Landesgeschäftsstelle: Die „Fränkin“ geht in Rente



> Die geborene (Unter-)Fränkin Rita Link, die seit Anfang 1999 für die **DPoIG** tätig ist, verabschiedet sich in den wohlverdienten Ruhestand. Die **DPoIG** wünscht der „guten Seele“ der Landesgeschäftsstelle dafür alles Gute. Ihre Aufgaben im Mitgliederservice übernimmt Irena Benko, die ihre Arbeit bei der **DPoIG** im Juli aufgenommen hat. ■

Von der Altersteilzeit in die Rente



> Mit den besten Wünschen des Stellvertretenden **DPoIG**-Landesvorsitzenden Michael Hinrichsen und der Überreichung eines Abschiedsgeschenks hat Marika Müller offiziell ihren Ruhestand angetreten. Als „Mitarbeiterin der ersten Stunde“ war sie in der im Jahr 1988 von Altötting nach München verlegten Landesgeschäftsstelle für verschiedene Aufgabenbereiche zuständig. Seit April 2012 hat sie sich in der Freistellungsphase ihrer Altersteilzeit schon auf den neuen Lebensabschnitt vorbereitet. ■



Beamtenbund für Stärkung der Bereitschaftspolizei

Der Bundeshauptvorstand des dbb ist der Auffassung der **DPoIG** gefolgt und fordert eine verbesserte Finanzierung für die Bereitschaftspolizeien.

Der Bundeshauptvorstand, dem auch die gesamte **DPoIG**-Bundesleitung angehört, stellt sich damit demonstrativ hinter die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei. Das klare Bekenntnis des Beamtenbundes zur BePo fällt in eine Zeit, in der über zehn Millionen Euro fehlen, um das Notwendigste kaufen zu können. Auch der

CDU-Generalsekretär hat den Bundesinnenminister nach einem Spitzengespräch mit dem **DPoIG**-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt darum gebeten, die Haushaltsmittel für die Bereitschaftspolizei zu erhöhen.

Während die Dachverbände anderer Gewerkschaften zum zivilen Ungehorsam aufrufen und dadurch die Position der Polizei schwächen, zeigt der dbb damit wieder einmal, wie Unterstützung für die Mitgliedsgewerkschaften aussehens muss.



> Das sollte künftig nicht mehr vorkommen ...

Eduard Dosch vertritt Interessen der Kollegen/-innen in der Bayerischen Bereitschaftspolizei in der Bund-Länder-Kommission Bereitschaftspolizei der **DPoIG**



Vom 8. bis 10. Juli 2014 tagte in Königswinter die Kommission Bereitschaftspolizei der **DPoIG**-Bundesorganisation. Der Organisation gehören jeweils ein Vertreter aus dem **DPoIG**-Landesverband und ein Vertreter der **DPoIG** Bundespolizeigewerkschaft an. Den Vorsitz hat der stellvertretende Bundesvorsitzende, Ralf Kusterer. Für den Landesverband Bayern nahm an der Tagung Kollege Eduard Dosch, stellvertretender Landesvorsitzender und selbst Angehöriger der Bayerischen Bereitschaftspolizei, teil. Dosch nutzte die Tagung zum intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Vertretern anderer Landesbereitschaftspolizeien und der Bundespolizei. Im Gespräch

mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden macht er deutlich, wie wichtig es für das Bundesland Bayern ist, dass sich der Bund nicht aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder zurückzieht.

Dosch wörtlich: „Nicht nur für die Bereitschaftspolizei in Bayern, sondern bundesweit ist es unverzichtbar, dass wir gute und gleiche Standards haben und über eine ordentliche Ausstattung verfügen. Nur so werden wir in die Lage versetzt, bundesweit unsere Aufgaben wahrzunehmen. Ich unterstütze und begrüße die umfangreichen Aktivitäten der **DPoIG**, damit dafür im Bundeshaushalt mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden.“



(Endlich) Ehrliche Darstellung der Personalsituation

Bis zum 2. Juli 2014 wurden **DPoIG**-Funktionsträger immer wieder öffentlich vonseiten der Politik beziehungsweise des Innenministeriums kritisiert, wenn sie die prekäre Personalsituation bei der Polizei angesprochen/angepangert haben.

Dann gab LPP Schmidbauer vor dem Haushaltsausschuss des Landtages eine ehrliche Darstellung der Personalsituation der Polizei ab:

„1 200 Beamtinnen und Beamte sind 2013 zur Ausbildung in

den Polizeidienst eingestellt worden, heuer werden es etwa 1 280 Nachwuchsbeamte sein: Die bayerische Polizei hatte noch nie so viele Polizeibeamte, aber auch noch nie so viel Arbeit.“ ... Obwohl weitere Neueinstellungen vorgesehen seien, sei eine Personalmehrung damit nicht verbunden, stellte Schmidbauer klar. Der Grund dafür: Bayerns Polizeiorganisation hat bis 2025 eine hohe Zahl von Ruhestandsabgängen zu verkraften.

Dabei nehmen die Aufgaben und Herausforderungen der bayerischen Polizei keinesfalls

ab, sondern weiter zu: Der Landespolizeipräsident verwies auf die grenzüberschreitende Kriminalität, die zunehmende Zahl von Wohnungseinbrüchen, Drogentourismus und Cyberkriminalität.

Strategisch und personell werfe auch das politische Großereignis, der G-8-Gipfel im Juni 2015 auf Schloss Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, seine Schatten bereits voraus.

Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Jetzt erhofft sich die **DPoIG** für die Zukunft

insgesamt mehr Ehrlichkeit in der Personaldiskussion.

Der Polizeiberuf muss attraktiver und konkurrenzfähiger werden! Dazu gehören neben ausreichend Personal unter anderem auch ein erhöhter DuZ, eine bessere Bezahlung, bessere Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Tarif, Vollzug und Verwaltung sowie Verbesserungen in der Ausstattung und Ausrüstung.

Bleibt abzuwarten, ob jetzt irgendeine politische Reaktion folgt?! ■

(Wieder) Mitbestimmung durch den Personalrat bei Versetzung/Umsetzung innerhalb eines Präsidiums

Seit der Polizeireform hat das StMI den personalvertretungsrechtlichen Mitbestimmungstatbestand bei Versetzungen/Umsetzungen von Kolleginnen und Kollegen von einer Dienststelle zur anderen innerhalb eines Verbandes nicht mehr befürwortet.

Dies hatte zur Folge, dass die Personalräte von diesen Sachverhalten (wenn überhaupt) nur noch im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit erfuhren, dann aber kei-

nerlei „Mitspracherecht“ hatten. Stetigen Verhandlungen des Hauptpersonalrates mit dem StMI ist nun zu verdanken, dass das Innenministerium seine Sichtweise revidiert hat.

Im Bereich der Bayerischen Polizei liegt die Zuständigkeit für sämtliche personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Personalrats auslösen (Katalog der Art. 75, 76 BayPVG), beim

Präsidium, nicht bei den Inspektionen.

Deshalb sind Polizeiinspektionen künftig zwar als Dienststellen im organisationsrechtlichen Sinne des Art. 75 Abs. 1 Nr. 6 BayPVG, nicht jedoch im personalvertretungsrechtlichen Sinne des Art. 6 BavPVG zu verstehen.

Da die Frage der Mitbestimmung vom organisationsrechtlichen Dienststellenbegriff des Art. 75 Abs. 1 Nr. 6 BayPVG ab-

hängt, ist somit künftig in den Fällen des Wechsels eines Beamten von einer Inspektion zu einer anderen innerhalb desselben Präsidiums die Personalvertretung im Wege der Mitbestimmung zu beteiligen. Damit verfügt der Personalrat wieder über dieses wichtige Mitbestimmungsrecht.

Kommt eine Einigung über die Ver-/Umsetzung nicht zustande, kann der Personalrat jetzt auch wieder den HPR als Stufenvertretung einbinden. ■



> DPoIG – In eigener Sache

Bezug des POLIZEISPIEGEL als Druckwerk oder in Dateiform?

Liebe Mitglieder,

der POLIZEISPIEGEL der Deutschen Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) informiert zehn Mal im Jahr über aktuelle berufsspezifische und sicherheitspolitische Entwicklungen auf Bundes- und

Landesebene. Wir möchten Euch hiermit den „papierlosen“ POLIZEISPIEGEL anbieten:

Auf Wunsch erhaltet Ihr den POLIZEISPIEGEL nicht mehr als gedrucktes Heft, sondern

ausschließlich in elektronischer Form per E-Mail als PDF-Datei oder als Link für das Herunterladen der entsprechenden Datei.

Um diesen neuen Service zu nutzen, schickt bitte eine

kurze E-Mail an: info@dpolg-bayern.de

Der Versand kann ausschließlich an **private E-Mail-Adressen** erfolgen. ■

Kabinett beschließt Doppelhaushalt 2015/2016

Die Staatsregierung hat die Entwürfe des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans für 2015/2016 beschlossen. Diese werden dem Landtag zugeleitet.

Folgende Maßnahmen sind im Personalbereich vorgesehen:

> Dem **BBB** ist es gelungen, dass – entgegen den ersten Plänen – die „Restmittel“ aus dem Neuen Dienstrecht vollständig umgesetzt werden: 13,9 Millionen Euro zum Juli 2015 und weitere 10 Millionen Euro zum November 2016.

Damit erhöht sich auch der bisher vorgesehene Anteil für zusätzliche Hebungen und Beförderungen bei der Polizei.

- > 50 neue (Plan-)Stellen für Cybersicherheit und Digitalfunk
- > 330 neue (Ausbildungs-)Stellen für Polizeianwärter

> Bis einschließlich 2030 werden dem „Bayerischen Pensionsfonds“ jährlich 100 Millionen Euro zugeführt.

> Übertragung der „Mütterrente“ auf Beamtinnen und Beamte ■

Beförderungen nach A 9 mit Amtszulage

Die Polizeigewerkschaften und der HPR haben am 31. Juli im Rahmen eines Spitzengesprächs mit Landespolizeipräsident Dr. Schmidbauer und Innenminister Herrmann erneut über die Folgen des Wegfalls der Mindestaltersgrenzen diskutiert.

Dabei haben sich alle für die Aufhebung des Beförderungstopps eingesetzt.

Innenminister Herrmann hat daraufhin entschieden, dass die ausstehenden 52 Beförderungen zum A 9/Z vom Juni rückwirkend zum 1. Juli 2014 vorgenommen werden. Dies ist inzwischen erfolgt.

Für weitere Beförderungen zum A 9/Z muss erst noch eine Auswahl getroffen werden.



Über deren Umsetzung entscheidet dann jeweils der Innenminister.

Die Vertreter der **DPoIG** haben sich in der Arbeitsgruppe deutlich für die Beibehaltung der

Beförderung zu A 9/Z (auch vor beziehungsweise während des Studiums an der BayFHVR und die Beibehaltung des „prüfungsfreien Aufstiegs“ insgesamt ausgesprochen.

Dabei ist für die **DPoIG**, wie schon beim Wegfall des Rangzahlverfahrens, die Schaffung eines möglichst rechtssicheren Beförderungsverfahrens – unter den, vom BVerwG aufgestellten Grundsätzen zum Leistungsprinzip – besonders wichtig.

Ein Beförderungsverfahren, das auf rechtlich schwachem Fundament beruht und infolge verwaltungsgerichtlicher Überprüfungen wieder gekippt wird, kann nicht im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen liegen und wird von der **DPoIG** nicht mitgetragen. ■

Vorleistung des Dienstherrn bei Schmerzensgeld

Die **DPoIG** fordert seit dem Jahr 2008, dass der Dienstherr bei festgestellten Schmerzensgeldansprüchen gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen auf Antrag in Vorleistung tritt, wenn die Täter nicht zahlen.

In der Juni-Ausgabe des POLIZEISPIEGEL hatten wir Euch über einen entsprechenden Gesetzentwurf informiert, der unter anderem vorsah, dass die Übernahme des Schmerzensgeldbetrages erst dann erfolgen soll, wenn die festgestellten Schmerzensgeldansprüche mehr als 1 500 Euro betragen.

Die **DPoIG** hat sich mit dem BBB dafür eingesetzt, dass die Grenze von 1 500 Euro aus dem Gesetzentwurf gestrichen wird.

In einem neuen Entwurf soll weiterhin die Übernahme des rechtskräftig festgestellten Schmerzensgeldbetrages nur



dann erfolgen, wenn dies „zur Vermeidung einer unbilligen Härte“ notwendig ist. Die **DPoIG** fordert jetzt die ersatzlose Streichung des Begriffs „unbillige Härte“.

Die geplante Absenkung der Mindestschadenshöhe auf 500 Euro stellt zwar eine Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehenen Grenzbetrages von 1 500 Euro dar. Jedoch würde auch bei dieser Summe immer noch rund ein Drittel der Geschädigten aus dieser Regelung herausfallen.

Die Höhe vieler Schmerzensgeldansprüche für „typische“ durch Rechtsbrecher verursachte Verletzungen, wie Platzwunden, Blutergüsse, Schädelprellungen und Gesichtsschwellungen sowie Ober- und Unterlippenverletzungen, beträgt häufig nicht mehr als 500 Euro.

Für das leider häufig vorkommende Spucken ins Gesicht eines Vollzugsbeamten sind 250 Euro Schmerzensgeld zu veranschlagen (Urteil des LG Münster vom 29. August 2002).

Für die **DPoIG** ist weder nachzuvollziehen noch den Betroffenen zu vermitteln, dass gerade diese alltäglichen Schmerzensgeldereignisse von einer Erfüllungsübernahme ausgeschlossen und als „Bagatellen“ entschädigungslos hinzunehmen wären. Deshalb sieht die **DPoIG** die Festlegung eines Bagatellbetrages als nicht erforderlich an.

Die **DPoIG** hat sich an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gewandt und um Unterstützung dafür gebeten, dass die geplanten Einschränkungen entfallen.

Andernfalls würde wegen eines geringen finanziellen Mehraufwandes ein gut gemeintes, bundesweit einmaliges Gesetzesvorhaben durch den ungerichtfertigten Ausschluss von fast einem Drittel der Betroffenen einen äußerst negativen Touch bekommen. ■

JuPo im Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann

Am Montag, dem 21. Juli 2014, wurde die JUNGE POLIZEI-**DPoIG** mit der Landesjugendleitung des dbbjb durch Herrn Innenminister Joachim Herrmann zu einem gemeinsamen Gespräch in das Innenministerium in München eingeladen.

Die JUNGE POLIZEI wurde hierbei durch den stellvertretenden Landesbeauftragten Maximilian Steinkirchner vertreten. Der dbbjb wurde durch den Vorsitzenden Jörg Kothe sowie dessen Stellvertreter in Form von Julia Tkocz, Andreas Götz und Max-Emanuel Ruschig (Stellvertreter des dbbjb und

DPoIG-Jugendvertreter des PP München) vertreten.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprachen wir die Schaffung von mehr Heim- beziehungsweise Telearbeitsplätzen bei der bayerischen Polizei speziell im Polizeivollzugsdienst an. Diese seien nur sehr spärlich verteilt, des Weiteren gäbe es keine einheitliche Regelung für diese Arbeitsplätze in den verschiedenen Polizeipräsidien.

Herr Herrmann entgegnete, dass es aktuell 77 solcher Arbeitsplätze bei der bayerischen

Polizei gibt. Circa 60 Prozent hiervon sind beim LKA angesiedelt. Bei diesen Arbeitsplätzen könne generell und pauschal keine Zu- oder Absage getroffen werden. Jeder Antrag muss individuell geprüft werden. Herr Herrmann zeigte sich jedoch interessiert daran eine präsidiumsübergreifende Regelung zu finden und werde hierzu das Gespräch mit den Polizeipräsidenten suchen.

Ebenfalls wurde der Wegfall der Schicht- beziehungsweise Wechselschichtzulage für Polizeibeamte/-innen in geschlossenen Einheiten und

Dienstgruppen mit nicht planbaren Dienstzeiten angesprochen. Hierunter fallen zum Beispiel die Einsatzhundertschaften, Verfügungsgruppen, Beamte in Unterstützungskommandos, Sonderdienststellen und Beamte, welche unregelmäßigen Dienst leisten.

Dem Innenminister ist bewusst, dass dies in den Reihen der Polizei für Unmut gesorgt hat. Jedoch handelt es sich hierbei um eine gesetzliche Regelung, welche eingehalten werden muss. Sein Ziel sei es, langfristig den DuZ zu erhö-



hen, sodass Beamte, welche Dienst zu ungünstigen Zeiten leisten, auch hierfür entsprechend entlohnt werden. Die Schicht- beziehungsweise Wechselschichtzulage sei steuerpflichtig, der DuZ hingegen nicht. Somit würde den betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch mehr von ihrem Gehalt bleiben. Der Innenminister befindet sich bereits in Gesprächen, um hier eine Verbesserung zu schaffen. Ob dies bereits im Haushalt 2015 geschaffen werden kann, ist noch nicht gesichert.

Herr Herrmann betonte in diesem Zusammenhang, dass es ihm bewusst ist, was die Beamten im Schichtdienst zu leisten haben. Es sei ihm wichtig, dass sie hierfür auch einen entsprechenden Zuschlag erhalten. Nach seinen Erfahrungen und Gesprächen mit den Beamten sei es vor allem wichtig, dass die Nachtdienste (20 Uhr bis 6 Uhr) hierbei besonders behandelt und vergütet werden.

Im Hinblick auf den kommenden G-8-Gipfel, welcher 2015 in Elmau stattfinden wird, wurde die Stundenschreibung solcher Einsätze angesprochen. Wünschenswert wäre eine Eins-zu-eins-Stundenschreibung.

Der Innenminister befürwortet dies, jedoch nur für Beamte/-innen, welche sich in akuter Bereitschaft befinden und kurzfristig agieren müssen und hierzu zusätzlich örtlich gebunden sind; jedoch nicht bei Beamten, welche zum Beispiel der Rufbereitschaft unterliegen und hierbei nicht örtlich gebunden sind. Für solche Fälle strebt der Minister ein abgestuftes Stundenschreibungssystem an, dieses werde in Kürze dem Hauptpersonalrat zur Mitentscheidung vorgelegt. Aus diesem Grund kann noch keine abschließende Verfahrensweise genannt werden.



> Max-Emanuel Ruschig, Julia Tkocz, IM Herrmann, Jörg Kothe, Max Steinkirchner, Andreas Götz (von links)

Aus aktuellem Anlass wurde die Schutzausrüstung der Polizeibeamten/-innen angesprochen. So wurden bei den schweren Ausschreitungen in Hamburg 66 Beamte/-innen der bayerischen Polizei zum Teil schwer verletzt und leiden zum Teil noch immer unter diesen Folgen. Das Innenministerium hat bereits reagiert und ist dabei, die Einsatzzüge der bayerischen Polizei mit neuen verbesserten Einsatzanzügen auszustatten. Bereits vor diesem Einsatz in Hamburg wurden die Einsatzhandschuhe verbessert. Auch dieser Tatsache sei es zu verdanken, dass nicht noch mehr Beamte durch den massiven Bewurf verletzt wurden. Wünschenswert wäre es, die Schutzausrüstung im Bereich der Oberschenkel und des Genitalbereichs zu verbessern. Durch Herrn Herrmann wurde uns zugesichert, dass man sich diesem Thema annehmen werde und es dem IM sehr wichtig sei, dass die eingesetzten Beamten/-innen bestmöglich geschützt seien.

Was gegen die immer häufigeren Angriffe mit sehr starken Lasergeräten getan werden

kann, war zum Gesprächstermin noch nicht klar. Aktuell beschäftigt man sich hiermit. Es sei nicht leicht, den Schutz der Augen zu gewährleisten, ohne die Beamten zu stark in ihrer Sicht einzuschränken, so der Innenminister. Denkbar wäre unter anderem das Bekleben des Helmvisiers mit einer entsprechenden Folie oder das Tragen einer Brille, hierzu müssten aber erst entsprechende Tests durchgeführt werden.

Immer häufiger wird an Vertreter der Polizeigewerkschaften und Personalräte herangetreten, wenn es um das Thema Personalpolitik geht. So wird unter anderem bemängelt, dass Polizeibeamte, welche aus diversen Gründen eine Dienststelle verlassen, nicht durch neue Beamte ersetzt werden. Aufgabenbereiche werden immer komplexer und zeitintensiver. So scheint es schwierig, den anfallenden Aufgaben personell entgegenzutreten.

Herr Herrmann ist sich bewusst, dass die Einsatzbelastung der Beamten steigt. Er lobte auch die gute Arbeit der Beamten trotz der größer ge-

wordenen Belastung. Aktuell habe man an die Polizeipräsidien so viel Beamte wie noch nie abgegeben. Für die Verwendung der Beamten/-innen in den jeweiligen Präsidien sei jedoch der oder die Präsident/-in zuständig. Es gäbe bereits 340 neue Anwärterstellen und der Polizeiberuf sei immer noch ein sehr gefragter Beruf. Herr Herrmann gab an, dass auf jeden Ausbildungsplatz circa sechs Bewerber/-innen kämen.

Der stellvertretende Landesbeauftragte der JUNGEN POLIZEI sowie die Landesjugendleitung des dbbjb bedankten sich recht herzlich für die Möglichkeit dieses Gespräches. Herr Herrmann sicherte uns zu, dass sich die dbbjb immer gerne direkt an ihn wenden könne und man sich sicherlich noch einmal zu einem Gespräch treffen werde.

*Max-Emanuel Ruschig,
(Stellvertreter des dbbjb,
DPoIG-Jugendvertreter des
PP München)*

*Maximilian Steinkirchner,
(stellvertretender
Landesbeauftragter der
JUNGEN POLIZEI)*



17. TexMex-Fest der Kreisverbände Erding und Flughafen

Am 15. Mai fand zum 17. Mal das TexMex-Fest der KV Erding und Flughafen München am Hausler Hof in Hallbergmoos statt. Die Kreisvorsitzenden Willy Thiermann (Erding) und Hans Schwinghammer (Flughafen) hatten gerufen und viele Kolleginnen und Kollegen aus den umliegenden Polizeidienststellen waren gekommen.

Leider war dieses Mal kein Biergartenwetter. Das tat der Stimmung aber keinen Abbruch.



> Hintere Reihe: Ümit Turul (DPoIG-Tarifkommission), Claudia Kipping (BV Bereitschaftspolizei), Thomas Lutz (KV BePo DAH), Martina Obermeier (BV Oberbayern), Kurt Weis (BLKA, DPoIG-Landeshauptvorstand) (von links)

Dafür war der Saloon am Hausler Hof prall gefüllt.

Das Schweinderl der DPoIG-Stiftung wurde von den Gästen fleißig gefüttert und konnte anschließend geschlachtet und der DPoIG-Stiftung überwiesen werden.

Willy Thiermann (links) und Hans Schwinghammer (rechts) bedankten sich bei der Hausfrau Maria Hausler mit einem Blumenstrauß. ■

Hitzeschlacht beim diesjährigen Beachvolleyballturnier

Team der PI Würzburg-Stadt ist inoffizieller unterfränkischer Polizeimeister im Beachvolleyball



> Die siegreiche Mannschaft der PI Würzburg-Stadt gemeinsam mit der Polizeipräsidentin Liliane Matthes und dem Bezirksvorsitzenden Hubert Froesch

Temperaturen von über 30 Grad im Schatten heizten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des diesjährigen DPoIG-Beachvolleyballturniers gehörig ein.

Am Ende strahlte aber nicht nur die Sonne, sondern auch die „WolleySportler“-Gruppe der PI Würzburg-Stadt. Das

Mixedteam aus Schutz- und Wasserschutzpolizei konnte erfolgreich ihren Titel aus dem letzten Jahr verteidigen.

Zehn Mannschaften von Miltenberg bis Bad Brückenau waren dem Ruf des unterfränkischen Bezirksvorsitzenden Hubert Froesch gefolgt. Die Sonne stand schon recht bald

hoch am Himmel und strahlte, was das Zeug hielt. Und trotzdem wurde den Zuschauern zeitweise sehr guter Volleyballsport geboten. Auch wenn es am Ende nur einen Sieger geben konnte, gerackert und geackert haben sie alle.

Zu den letzten Spielen und insbesondere zur Siegerehrung

war auch Polizeipräsidentin Liliane Matthes gekommen. Sie gratulierte allen teilnehmenden Mannschaften und überreichte jedem Spielführer eine Urkunde. Sachpreise gab es für Alle. Die Mannschaften, die es auf das Siegerepochen geschafft haben, erhielten zusätzlich noch einen Geldpreis.

Nach einem hitzigen Sporttag standen folgende Platzierungen fest:

1. „WolleySportler“-Gruppe Würzburg
2. PI Miltenberg/Obernburg
3. PI Lohr a. Main
4. PI Bad Brückenau
5. PI Karlstadt
6. PSt Gemünden
7. Gradauspatscher (VPI Schweinfurt/Werneck)
8. PI Marktheidenfeld
9. Felix und die Detektive (KPI Schweinfurt)
10. PI Obernburg ■

7. Amper-Beach-Volleyballturnier, diesmal mit Gästen der VPI Ingolstadt, wieder ein voller Erfolg



> Siegerehrung mit den Spielführern der beteiligten Mannschaften, wobei die Vertreter des Erst- (VPI Ingolstadt) und Zweiplatzierten (PI Germering) fehlten. Vorne links im Bild kniend ist der Leiter der PI Gröbenzell, EPHK Pangerl, der die Siegerehrung vornahm, und vorne rechts der verantwortliche Sportleiter und Organisator der PI Gröbenzell, PHM Cherchi, zu erkennen.

Am Mittwoch, den 16. Juli 2014, fand auf dem Gelände der VI. BPA in Dachau das von der PI Gröbenzell organisierte 7. Amper-Beach-Volleyballturnier, statt.

Der Kreisverband Fürstenfeldbruck der DPoIG sponserte das Turnier und stiftete wie in den Vorjahren die Pokale für die drei Erstplatzierten.

Bei herrlichstem Sonnenschein und teilweise tropischen Temperaturen beteiligten sich zehn Mannschaften der Polizeiinspektionen der ehemaligen Polizeidirektion Fürstenfeldbruck und eine Gastmannschaft der VPI Ingolstadt. Gespielt wurde in sogenannten Quattro-Mixed-Teams, bestehend aus

vier Spielern, wobei immer eine Frau mit auf dem Spielfeld sein musste, nach den Spielregeln des Deutschen Volleyballverbandes.

Für kalte und warme Getränke sowie kleine Snacks für die Teilnehmer und Zuschauer war gesorgt.

Im Turnierverlauf kam es zu außergewöhnlich interessanten Ballwechselln. Obwohl alle Spieler und Spielerinnen um jeden Ball kämpften, standen die Fairness und der Spaß am Dienstsport im Vordergrund.

Im Endspiel, nach circa sieben Stunden, setzte sich die Mannschaft der VPI Ingolstadt gegen die Spieler/-innen der

PI Germering erst nach dem dritten Entscheidungssatz knapp mit 15:10 durch.

Im kleinen Endspiel, im Spiel um Platz 3, setzte sich die PI Fürstenfeldbruck gegen die VPI Fürstenfeldbruck I in zwei Gewinnsätzen, mit 15:13 und 15:4, durch.

Die weiteren Platzierungen:

5. Platz: PI Gröbenzell
6. Platz: VPI Fürstenfeldbruck II
7. Platz: OED Fürstenfeldbruck
8. Platz: PI Dachau
9. Platz: PI Starnberg
10. Platz: PI Olching
11. Platz: PI Gauting

Die anschließende Siegerehrung, bei der leider weder der

Erstplatzierte, die VPI Ingolstadt, noch der Zweiplatzierte, die PI Germering, aus dienstlichen Gründen teilnehmen konnten, wurde im griechischen Lokal Kipos in Gröbenried, im dortigen Biergarten, vom Leiter der PI Gröbenzell, EPHK Pangerl, vorgenommen, wobei den drei erstplatzierten Mannschaften neben einer Urkunde auch ein Pokal überreicht wurde.

Die Mannschaft der PI Gröbenzell hat sich bereit erklärt, Ende Juli 2015, das 8. Amper-Beach-Volleyballturnier durchzuführen, wobei sich alle Teilnehmer freuen würden, wenn dann auch eine Mannschaft des PP-Oberbayern-Nord teilnehmen würde.

Karlheinz Pangerl



Bei besten äußeren Bedingungen fand am 15. Juli 2014 das inzwischen 10. Beach-Volleyball-Turnier bei der BePo in Eichstätt statt. Der geänderte Turniermodus mit Vor-, Zwischen- und Endrunde kam bei den Spielern der acht teilnehmenden Mannschaften und den zahlreichen Zuschauern sehr gut an, da die Teams häufiger zum Einsatz kamen.

In den hochkarätigen Endspielen setzte sich die Mannschaft „Mein Favorit“ vom 8. AS vor den Teams „Kornek und die Coolen“ vom 6. AS und „Power Rangers“ vom 8. AS als Sieger durch.

Die Preisverteilung übernahm Kreisvorsitzender Max Meyer mit seinen Helfern Annett Dormeier und Jörg Stürmer.



> Bezirksvorsitzender Jürgen Köhnlein und Polizeipräsident Reinhard Kunkel (von links)



Pensionistentreffen jährt sich zum 30. Mal!

Bei traumhaften Wetter und guter Stimmung beging der Bezirksverband Oberfranken der DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft Bayern) sein diesjähriges Pensionistentreffen ehemaliger Polizisten in Kulmbach. Unter der Leitung vom Bezirksvorsitzenden Jürgen Köhnlein

und dem Kreisvorsitzenden Peter Stenglein wurde den „Junggebliebenen“ ein attraktives Rahmenprogramm geboten. Polizeipräsident Reinhard Kunkel sowie Landrat Klaus Söllner ließen es sich nicht nehmen ihre Grüßworte an die rund 80 Ehemaligen zu richten.



> Gruppenfoto im Innenhof der Plassenburg